

# Wien schlägt Berlin

**Hans Hautmann (1943–2018) über die österreichische Rätebewegung und warum sie so viel stärker war als ihr Pendant auf der anderen Seite der deutsch-österreichischen Grenze.**

**I**m *Andenken an Hans Hautmann und seinen Beitrag zur linken Geschichte und Bewegung* veröffentlichte das Online-Magazin „Ada“ ein Interview aus dem Jahr 2017, geführt von Benjamin Birnbaum, das ursprünglich in der französischen Zeitschrift für marxistische Theorie, „Période“, erschien. Birnbaum sprach mit Hautmann über seine wissenschaftliche Laufbahn und über die Rolle der demokratischen Selbstbestimmung bei der Überwindung des Kapitalismus.

1987 erschien Ihre *Geschichte der Rätebewegung in Österreich*. Auf welche Reaktionen stieß dieses Buch zum Klassenkampf und zur Revolutionsgeschichte, das gerade zum Zeitpunkt des vermeintlichen Siegeszugs der Neoliberalismus veröffentlicht wurde?

Das Echo auf das Buch war zum Zeitpunkt des Erscheinens gering, obwohl es mit 815 Seiten Umfang die bis dahin gründlichste Studie der Rätebewegung und der österreichischen Revolution darstellte. Es gab nur wenige Rezensionen, und auch die nur von linker Seite.

Wäre das Werk zehn Jahre früher erschienen, als Mitte der 1970er Jahre in Frankreich, Deutschland, Italien usw. innerhalb der linken Studentenbewegung das Räte-system als Alternative zur bürgerlichen Demokratie lebhaft diskutiert wurde, hätte es anders ausgesehen. Ich konnte mir den günstigen Zeitpunkt aber nicht aussuchen, weil für das Buch eine langwierige Recherche nach Quellen und Unterlagen notwendig war, eine Aufgabe, der ich mich gerade in den 1970er Jahren unterzog.

*Abgesehen von diesem Werk haben Sie als Historiker umfassend zum Thema ArbeiterInnenbewegung veröffentlicht. Wie kam es zum Fokus auf die soziale Frage und wie schätzen Sie die aktuellen Perspektiven der marxistischen Geschichtsschreibung ein?*

Ich stamme aus einem kommunistischen Elternhaus, was sicherlich dazu beitrug, mich als Historiker der Geschichte der Arbeiterbewegung zuzuwenden. Auch das Thema meiner Dissertation 1968 („Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919“) und meine Tätigkeit als Assistent

am Institut für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz, an dem auch das Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung beheimatet war, zielten in diese Richtung.

Die aktuellen Perspektiven einer marxistischen Geschichtsschreibung schätze ich als gut ein, weil unter den gegenwärtigen Bedingungen der hemmungslosen kapitalistischen Globalisierung Bedarf an herrschaftskritischen Herangehensweisen besteht.

*Wodurch unterscheidet sich die Räte-republik radikal von der bürgerlichen Demokratie? Hier könnte man auch auf die Frage des Wahlrechts eingehen, die in der ArbeiterInnenbewegung zu Diskussionen geführt hat. Man denke an die Entscheidung der Bolschewiki unmittelbar im Laufe der Oktoberrevolution, das Wahlrecht nur jenen zu geben die von ihrer eigenen Arbeit lebten, was Rosa Luxemburg kritisierte.*

Die Räte-demokratie ist eine direkte Demokratie mit einer neuen, nur bei ihr zu beobachtenden Art der Willensbildung. Ihr Kernstück ist das imperative Mandat, die Maxime permanenter Kontrolle der Gewählten seitens der Wähler, ihrer ständigen Rechenschaftspflicht gegenüber den Wählern und ihrer jederzeitigen Abberufbarkeit durch die Wähler.

Beratend und beschließend zugleich sollte die Räte-demokratie engste Verbindung zwischen Basis und Mandatsträgern herstellen und einen ständigen Willensbildungs- und Kontrollprozess „von unten nach oben“ ermöglichen. Die Räte empfanden sich als Gegenpol zum parlamentarisch-demokratischen Repräsentativsystem und als potenzieller Ablöser des „bürgerlichen Staates“. Die an seine Stelle tretende Alternative, die „Räte-republik“, sollte auf der Basis einer sozialisierten Wirtschaft die räte-demokratischen Prinzipien verwirklichen.

Die reformistische Sozialdemokratie in Österreich fasste ebenso wie die Bolschewiki in Russland die Räte als Klassenorganisation der manuellen und geistigen Arbeiter auf und schloss Privateigentümer eines Betriebes vom Wahlrecht ausdrücklich aus. In die Räteorgane konnten in Österreich weiters nur solche gewählt werden, die „in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise

das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation des arbeitenden Volkes erkennen, ihrer Berufsorganisation (Gewerkschaft) angehören und das 20. Lebensjahr überschritten haben“.

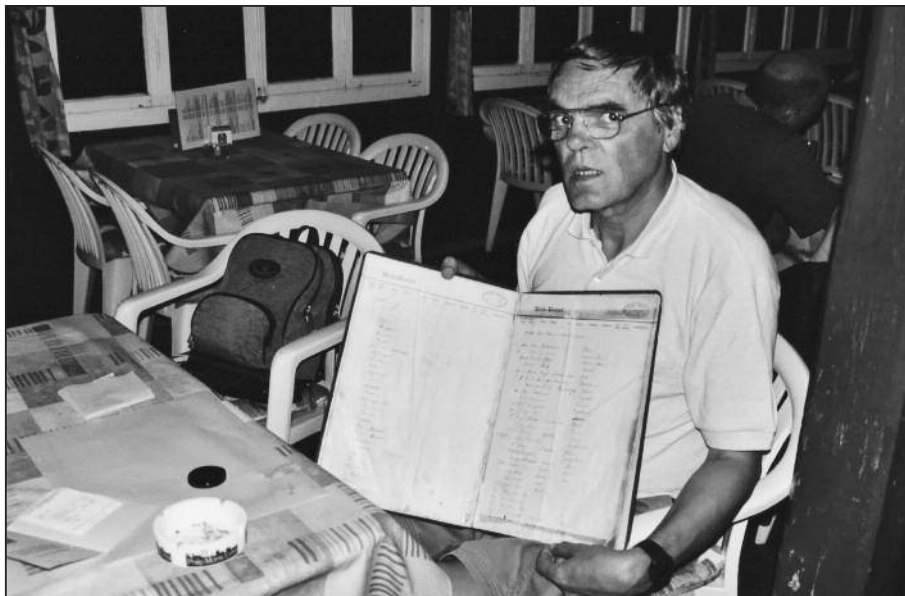
*Wie erklären Sie den internationalen Charakter der Rätebewegung, die am Ende des Ersten Weltkriegs in mehreren Ländern Europas gleichzeitig auftrat?*

Der internationale Charakter der Rätebewegung erklärt sich aus den gleichen Erfahrungen und gleichen Interessen des europäischen Proletariats unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges, der verschärften kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung und dem Streben nach einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung.

*Innerhalb der Rätebewegung zeichnete sich Österreich dadurch aus, dass dort die Räte am längsten existierten und aufgrund ihres soliden Fundaments aktiv in wirtschaftliche und soziale Belange eingriffen. Könnten Sie die Besonderheiten der Räte in Österreich genauer erläutern, und ausführen, in welchen Bereichen ihre Eingriffe besonders weit gingen?*

Eine Besonderheit war, dass das Räte-system in Österreich bezüglich Aufbau, Wahlmodus, Wahlbeteiligung und Klarheit der innerorganisatorischen Spielregeln die Rätebewegung in Deutschland und Ungarn übertraf. Die zweite bestand darin, dass die Räteorgane grundlegende Umgestaltungen bei der Lebensmittelversorgung, im Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungswesen anstrebten und auf örtlicher Ebene, an der Basis, in Angriff nahmen.

So gesehen waren die nach gehorteten Lebensmitteln fahndenden, die Schleichhandelsbestände an die Notleidenden verteilenden, freien Wohnraum zur Anzeige bringenden, willkürliche Delogierungen durch die Hausherrn verhindernden, hungernde Kinder tatkräftig unterstützenden, Waffen- und Munitionslieferungen an konterrevolutionäre Staaten hintanhaltenden, jeden Auskunftsuchenden und Bittstellenden in sozialen Angelegenheiten kostenlos beratenden Räteorgane der österreichischen Revolution einen wahrlich einzigartige Erscheinung in der österreichischen Geschichte, die sich in die beste Tradition dessen einreihet, was man gesunde Initiative er-



**Hans Hautmann im Sommer 2003 mit dem Gästebuch des Hotels „Bären“ in Kienthal mit den Einträgen der Teilnehmer an der „Kienthaler Konferenz“ im Jahr 1916.**

wachter und selbstbewusster Arbeitermassen nennen kann.

*Wie war das Verhältnis der österreichischen Sozialdemokratischen Partei zu den Arbeiter- und Soldatenräten? Immerhin war laut Statuten der Räte die „Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel“ und der „Klassenkampf das Mittel“.*

Die österreichische Sozialdemokratie verfolgte gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten wie auch gegenüber den Kommunisten eine politische Linie, die sich von der in Deutschland eines Ebert, Scheidemann, Noske usw. deutlich abhob: die Strategie der möglichst gewaltlosen Bändigung der Gefahr von links.

Deshalb baute sie den Arbeiterrat im März 1919 zu einem „Parlament des gesamten Arbeiterklasse“ aus, um mit den Kommunisten Kontakt zu halten, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, sie, wenn möglich, auf die sozialdemokratische Linie des „Abwartens“ und „Gewehr-bei-Fuß-Stehens“ zu bringen, sie von der Perspektivlosigkeit des Experiments einer Räterepublik zu überzeugen, und, wenn dies nicht gelang, mit Mehrheitsbeschlüssen niederzustimmen.

Weil es der KPÖ aus einer Reihe von objektiven und subjektiven Gründen nicht gelang, die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen für sich zu gewinnen und die Majorität im Arbeiterrat zu erobern, sah sie sich mit einer Situation konfrontiert, in der jeglicher Versuch, die Schwelle des sozialdemokratischen Reformismus zu überschreiten, vor den Massen als „Missachtung der Beschlüsse des Arbeiterrats“ und „Bruch der proletarischen Disziplin“ gebrand-

markt werden konnte. Dieses Dilemma wurde von den austromarxistischen Führern bis zum letzten ausgenutzt.

Gelingen konnte diese Taktik aber nur, weil die Sozialdemokratie ihr Endziel als mit dem der Kommunisten deckungsgleich hinstellte, weil auch sie den radikalisierten Arbeitermassen 1918/19 versprachen, sie zum Sozialismus zu führen.

*Auf welche Weise versuchte die herrschende Klasse die Macht der Räte zu brechen, und inwiefern hatten die Arbeiterräte mit Repression zu kämpfen?*

Die österreichische Bourgeoisie war 1918/19 ökonomisch und politisch sehr geschwächt und außerstande, der Rätebewegung mit Gewaltmethoden entgegen zu treten. War der Autoritätsverlust herkömmlicher staatlicher Machtmittel wie der Polizei schon schlimm genug, so wog noch schwerer, dass der Zerfall der k.u.k. Armee mit sich gebracht hatte, dass es keine geschlossenen Einheiten mehr gab, mit denen man ähnlich wie in Deutschland Freikorps, „Baltikumtruppen“, „Orgesch“- und „Orka“-Verbände für den Kampf gegen die Arbeiterklasse aufstellen hätte können.

Das reguläre Militär der Republik, die „Volkswehr“, war für einen konterrevolutionären Kampf ebenfalls nicht zu benützen, weil in ihr die Soldatenräte eine entscheidende Machtposition innehatten. Das taktische Vorgehen des bürgerlichen Lagers beschränkte sich zu dieser Zeit darauf, die Rätelosung aufzugreifen, „Bürger- und Ständeräte“ bzw. „Bauernräte“ zu gründen, die mit dem Verlangen nach „Gleichstellung“ den „marxistischen“ Räten entgegentraten. Sie waren aber nur ein kurzlebiges Intermezzo und

verschwanden mit dem Abflauen der revolutionären Welle nach dem Ende der ungarischen Räterepublik im August 1919 bald wieder von der Bildfläche.

Da zu diesem Zeitpunkt auch die Machteinbuße der Arbeiter- und Soldatenräte sichtbar zu werden begann, setzte die Bourgeoisie auf diesen Trend und verzichtete auf offen gegen die Räteorgane gerichtete Provokationen und Niederwerfungsmethoden.

*Welchen Einfluss konnte der revolutionäre Flügel der österreichischen ArbeiterInnenbewegung innerhalb der Räte ausüben? Immerhin vertrat die Kommunistische Internationale die Ansicht, der Machtergreifung der Kommunisten müsse die Mehrheit in den Räten vorausgehen.*

Die Kommunisten erreichten bei den Arbeiterrätewahlen im Frühjahr 1919 österreichweit etwa fünf Prozent, in Wien zehn Prozent der Mandate in den Rätégremien. Unter den Soldatenräten hatten sie in Wien eine gewisse Position im „Volkswehrbattalion 41“, hervorgegangen aus der „Roten Garde“ der Novembertage 1918. Die überwiegende Mehrheit der Soldatenräte stand aber ebenfalls fest auf dem Boden sozialdemokratischen Gedankenguts.

Das Dilemma der KPÖ bestand darin, dass Lenin und die Komintern es den kommunistischen Parteien ausdrücklich zur Hauptaufgabe gemacht hatten, zuerst die Mehrheit in den Räten zu erobern, weil nur unter dieser Voraussetzung eine Machtergreifung denkbar sei. Da man davon weit entfernt blieb, kamen in der KPÖ Stimmen auf, die Autorität des Arbeiterrats nur „bedingt“ anzuerkennen, je nachdem, ob er „revolutionäre“ Beschlüsse verabschiedete oder nicht. Das führte so weit, dass die Kommunisten eine Zeitlang dem Arbeiterrat sogar die Kompetenz absprachen, den Willen der österreichischen Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen und sie ihn als „bloßes Vollzugsorgan der kapitalistischen Gesellschaft“ verdammen.

Erst ein Beschluss des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale im Sommer 1920, in dem auf die Arbeiterräte in Österreichs eigens und mit positiven Formulierungen Bezug genommen wurde, veranlasste die KPÖ, ihre Rätepolitik zu revidieren. Sie anerkannte nun, dass der Arbeiterrat immer ein richtiges Bild der Kräfteverhältnisse geboten habe und er eine „reine, unverfälschte proletarische Institution“ sei. Sie versprach, künftig durch „Sachlichkeit zu imponieren“ und den Arbeiterräten



**Demonstrationszug der Wiener Arbeiterschaft vor dem Parlament am 14. März 1920 gegen den konterrevolutionären Kapp-Putsch in Deutschland.**

auf diese Weise „kommunistischen Geist einzupflanzen“.

Dieser längst fällige Übergang zu einer realistischen Einschätzung kam allerdings zu spät. Vor dem Hintergrund des rapiden Machtverfalls der Räte 1921/22 zog sich die KPÖ schrittweise aus dem Arbeiterrat zurück und nahm an den letzten Rätewahlen im Sommer 1922 nicht mehr teil.

*Inwiefern kann der Rätemoment, trotz seiner Auflösung durch die Sozialdemokraten Anfang der 1920er, als grundlegender Beitrag zum Klassenbewusstsein und zum Antifaschismus der Arbeitenden in Österreich gesehen werden? Obwohl die Sozialdemokraten die Räte abwürgten und sie in den Republikanischen Schutzbund überleiteten, so waren es doch oft die Mitglieder des letzteren, die 1934 als erste in Europa die Waffen gegen den Faschismus, gegen das austrofaschistische Regime, ergriffen.*

Die Periode, in der die österreichischen Arbeiter in der Rätebewegung wirkten, war sehr wichtig und hatte tiefgreifende Folgen. Man muss sich vergegenwärtigen, dass die österreichische Arbeiterbewegung der Jahre bis 1934 in vieler Hinsicht eine Ausnahmestellung in Europa innehatte.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs war in den 1920er Jahren die größte und bestorganisierte Arbeiterpartei aller kapitalistischen Länder. Die österreichische Arbeiterklasse war seit dem November 1918 bewaffnet und blieb es als einzige auch über das Ende der revolutionären Nachkriegskrise hinaus. Eine dem Republikanischen Schutzbund vergleichbare Organisation gab es

zur selben Zeit in keinem anderen Land der kapitalistischen Welt.

In Österreich erreichte die Herausbildung einer eigenständigen Arbeiterkultur eine Höhe wie nirgendwo anders. Kommunale Initiativen wie Arbeiterwohnbau, soziale Steuerpolitik, Fürsorge- und Gesundheitswesen, Schulreform, allesamt verkörpert im „Roten Wien“, suchten ihresgleichen in Umfang und Qualität bei anderen sozialdemokratischen Parteien vergeblich. Die österreichische Arbeiterklasse war neben der spanischen die einzige, die die Machtübernahme des Faschismus mit der Waffe in der Hand zu verhindern suchte.

Österreich ist schließlich auch das weltweit einzige Beispiel für eine schlagartige, umfangreiche Übertrittsbewegung sozialdemokratischer Mitglieder in die Kommunistische Partei – ein Schritt, der nicht momentaner Verwirrung entsprang, sondern von den Beitretenden nach dem Februar 1934 bewusst und unwiderruflich vollzogen wurde.

Gewiss können nicht alle aufgezählten Phänomene als direktes Resultat der Rätebewegung angesehen werden. Was ihr aber als Verdienst angerechnet werden muss, ist, dass die Erfahrungen, die die österreichischen Arbeiter zu Zehntausenden in der Schule der Rätedemokratie sammelten, in einem hohen Klassenbewusstsein – der unabdingbaren Grundlage für die erwähnten Erscheinungen – Niederschlag fanden.

*Inwiefern scheint Ihnen heutzutage das Prinzip der Organisation von unten durch Räte als relevant in sozialen Kämpfen? In jüngerer Vergangenheit schien es in Griechenland während der*

*ersten, reformorientierten Regierung von Syriza keine von der Regierung autonome Organisation zu geben. Umgekehrt, beschrieb der Politologe George Ciccarriello-Maher die ersten Jahre der Regierung von Chavez in Venezuela als stark geprägt durch lokale Selbstverwaltung, die in einem gewissen Spannungsverhältnis zur Regierung stand und anfangs zur Vertiefung der Bolivarischen Revolution beitrug.*

Die Idee vom Rätensystem als einer Alternative zum bürgerlichen Parlamentarismus wird auch künftig lebendig bleiben. Um sie zu realisieren, bedarf es aber meiner Überzeugung nach Voraussetzungen, von denen man gegenwärtig leider noch weit entfernt ist: eines gesamtgesellschaftlichen revolutionären Aufschwungs mit Massenbeteiligung der arbeitenden Menschen, ihrer Organisiertheit, Disziplin, Solidarität, Durchhaltekraft, Klassenbewusstheit, verbunden mit dem Bestreben, an die Stelle der kapitalistischen eine sozialistische Ordnung zu setzen.

Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924.

Wien, Zürich 1987.



## 20 Jahre Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

**Claudia Kuretsidis-Haider und Winfried R. Garscha:** 20 Jahre Forschungsstelle Nachkriegsjustiz – Leistungsschau und Blick in die Zukunft

**Ilse Reiter-Zatloukal, Mathias Lichtenwagner, Winfried R. Garscha:** Präsentation des Sammelbandes „...um alle nazistische Tätigkeit und Propaganda in Österreich zu verhindern“. NS-Wiederbetätigung im Spiegel von Verbotsgesetz und Verwaltungsstrafrecht

Festvortrag von Univ.-Prof. Dr. **Lorenz Mikoletzky** (Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs i.R.)

Donnerstag, **13. Dezember 2018**, 17.30, Großer Schwurgerichtssaal, Landesgerichtsstraße 11, 1080 Wien  
[info@nachkriegsjustiz.at](mailto:info@nachkriegsjustiz.at)